

Inserate
werden angenommen
in Bosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
H. A. Schell, Hoflieferant,
Dr. Gerber u. Breiterstr. 2, Ed.,
H. A. Schell, in Firma
J. Hermann, Wilhelmstr. 17.
Verantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Bosen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. A. Schell, Hoflieferant u. Pöglers
G. J. Dautz & Co., Insalbenmarkt.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. A. Schell
in Bosen.

Nr. 92

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal,
am Sonntag, Montag und Dienstag, jedoch nur zwei Mal,
am Sonntag und Montag ein Mal. Das Abonnement beträgt
jährlich 4,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für
ganze Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 6. Februar.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitschrift oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., in der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an denjenigen
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 4. Februar, 1 Uhr.

Die zweite Etatsberatung wird mit dem Etat des Reichsamts
des Innern fortgesetzt.

Abg. Richter (Dfr.): Ich bin in der Diskussion persönlich pro-
vociert worden, so daß ich nicht umhin kann, mich an der Debatte
zu betheiligen. An sich ist mir das, offen gestanden, nicht erwünscht.
Ich halte den Willkürstaat des Augenblicks für gefährlicher, als den
sozialdemokratischen Zukunftsstaat, (sehr richtig!) links und bei den
Sozialdemokraten) und in dem Maße, wie wir von rechts bebrängt
werden mit Vorlagen dieser Art, wird uns Zeit und Kraft ge-
nommen, unsern Standpunkt nach links zu vertheidigen. Ich kann
es der sozialdemokratischen Partei nicht verübeln, wenn sie eine all-
gemeine Nothstandsdebatte anregt; denn sie folgt nur dem Bei-
spiele, welches im preussischen Abgeordnetenhaus von Seiten der
Agrarier gegeben ist. Solche allgemeine Debatten sind nicht nach
unserem Sinn. Nicht weil wir die Nothstandsverhältnisse verkennen;
aber wir sind nicht der Meinung, daß der Staat in der Weise ver-
antwortlich gemacht werden kann. Dort für den Betrag der Grund-
rente, hier für den Betrag der Löhne. Wenn wir auch dem Staats-
sekretär, um dessen Gehalt es sich hier handelt, die doppelte Summe
bewilligen wollten, so würde er nicht in der Lage sein, dieses Noth-
standsverhältnis zu beseitigen, schon aus dem einfachen
Grunde, weil praktische Vorschläge, welche das Reich an-
geben, ebensoviele gemacht worden sind, wie im Abgeordneten-
haus von agrarischer Seite Vorschläge, die das preussische
Staatsministerium berücksichtigen könnte. Nur zwei unmittelbar
praktische Fragen sind von Bebel angeregt worden, mit denen ich
auch einverstanden bin, einmal die Frage der Winterkleider, der
Belastung der Eisenbahnbeamten. Mir ist unklar, warum die preussische
Eisenbahnverwaltung nicht schon längst gegenüber den Zeitungs-
nachrichten den Sachverhalt klargestellt hat. Betreffs der Ver-
schiebung der Lohnperiode auf einen Monat hat der Staats-
sekretär v. Bötticher gesagt, daß trotzdem alle 14 Tage Abschlags-
zahlungen gegeben werden. Aber Abschlagszahlungen werden
immer unter dem Lohne, der in 14 Tagen verdient wird, bleiben,
und der Arbeiter ist im Ungewissen über das, was er zu fordern
hat. Ich habe stets das größte Gewicht darauf gelegt, daß Zah-
lungsperioden möglichst kurz sind. Abg. Bebel sprach von einer
planlosen Ueberproduktion und stellte es gewissermaßen so dar, als
ob die gegenwärtigen Verhältnisse die Folge der planlosen Ueber-
produktion, der Wirtschaft der Privatunternehmer seien. Nichts ist
unrichtiger. Die Ursachen der Nothstandsverhältnisse sind in keiner
Ueberproduktion begründet, sondern am letzten Ende zurückzuführen
auf aufeinanderfolgende ungünstige Ernten, die durch eine nach-
folgende günstige Ernte dieses Jahres in ihren Nachtheilen noch
nicht ausgeglichen sind. Nun hat auch der sozialdemokratische
Zukunftsstaat, wenn man ihm noch so viel zutraut, kein Mittel
die Ernten zu reguliren, und er muß sich auch Schwankungen in
der Produktion gefallen lassen in Folge der Verschiedenheiten
der Ernten. So wenig ich die Nothstandsverhältnisse leugne, so
wenig erkenne ich in den Schaulustungen der Arbeitslosen ein
wahrhaftiges Bild der Verhältnisse. Wer tritt denn in diesen Veram-
mlungen als Redner auf? Nicht die Arbeitslosen, nein unsere
Kollegen hier und die Sozialdemokraten aus der Stadtverordneten-
versammlung führen das Wort, und dasjenige, was dort beschlossen
wird, ist nicht eine Formulierung der Leute, sondern was ihnen in
den Mund gelegt wird nach sozialdemokratischem Rezept. (Sehr
richtig!) Und damit nicht die verschiedenartigen Verhältnisse in
verschiedenen Resolutionen zum Ausdruck kommen, so werden sie
ihnen von vorn herein nach einem Schema geliefert und diesen
Versammlungen zur Annahme empfohlen. (Zwischenrufe bei den
Sozialdemokraten.) Dazu sind ja die Leute eingeladen. Wie
diese Versammlungen zusammengelegt sind, ist ja noch gar nicht
näher klargestellt. Unzweifelhaft befindet sich eine große Anzahl
fog. Saisonarbeiter darunter, die zu dieser Zeit unter allen Ver-
hältnissen die regelmäßige Arbeit nicht haben können, vor allem der
sozialdemokratische Stamm der Maurer. Gemauert werden kann
doch im Winter auch nicht im sozialdemokratischen Staat.
(Heiterkeit.) Selbst in den Deputationen beim Minister befinden
sich die Maurer, und das sind dieselben Leute, die bei den
Streiks im Sommer an der Spitze stehen und höhere Lohnfor-
derungen erheben, mit der Begründung, daß ihnen ein höherer Lohn
gehört, weil sie im Winter nicht mauern können. (Sehr richtig!)
Wenn nun der sozialdemokratische Staat bestände, was würden
Sie machen mit den Leuten? Sie müßten sie zwingen, sich dort-
hin zu begeben, wo nach ihrem Plane Arbeit ist. Der sozial-
demokratische Staat würde anfangen müssen mit der Aufhebung
der Freizügigkeit. Sie würden anfangen müssen, die Arbeiter auf
den Schub zu bringen dorthin, wo mehr Arbeitsgelegenheit ist,
aber andere Arbeit, als die Leute bisher geleistet haben. Abg.
Bebel hat in der ironischen Weise, die der Sozialdemokratie eigen
ist, die Aeußerung des Abg. Buhl über die Harmonie der Inter-
essen der Arbeitgeber und Arbeiter beipflichtet. Es giebt eine solche
Harmonie, soviel Sie sie auch leugnen mögen. Es giebt viele Arbeit-
geber, die fortarbeiten ohne Gewinn, um einen Stamm von alten
Arbeitskräften sich zu erhalten. Darauf sagt Bebel wieder: Ja, sie
thun das nur im eigenen Interesse, damit sie sich zu anderen Zeiten
diesen Stamm halten. Sehen Sie die Harmonie der Interessen!
Dem Arbeitgeber in seinem Egoismus wird diese Harmonie auf-
gezwungen, im eigenen Interesse zugleich im Interesse der Arbeiter
zu handeln. Im sozialdemokratischen Staat freilich braucht der
große sozialdemokratische Arbeitgeber in solchen Fällen nicht Rück-
sicht zu nehmen. (Sehr wahr!) Die Arbeiter stehen im sozial-
demokratischen Staat genau im Verhältnis von Soldaten, die man
heute vom Dienste abkommandirt und morgen von der Dispositions-
beurlaubung zurückruft. Es scheint mir, der sozialdemokratische
Staat ist viel schlimmer, als der Willkürstaat. (Beifall.) Diese
äußere Disziplin und Zucht bei den Soldaten ist eine ganz humane
Behandlung im Verhältnis zu der im sozialdemokratischen Staate.
(Beifall.) Abg. Bebel sprach mit besonderer Weg-
werfung von den Aktionären als einer unbrauchbaren Menschen-
klasse, die man am besten nach Kamerun schickte, ohne daß man eine

Veränderung merken würde. Mag sein, nachdem man ihnen das Geld
weggenommen hätte. (Heiterkeit.) Aber wo wären die industriellen
Etablissements und Eisenbahnen entstanden, wenn die Aktionäre nicht
die Mittel hergegeben hätten? Sie können sagen, wir hätten die
Mittel bekommen durch Anleihen des Staats. Hätten aber die
Privaten Mittel hergegeben, wenn ihnen nicht ein Zinsgewinn ge-
währleistet würde? Den Zinsgewinn wollen Sie auch abschaffen.
So bleibt nur das Mittel übrig, daß man aus dem Jahresertrag
die Mittel für allgemeine Staatszwecke vorwegnimmt. Wie würde
es sein, wenn alle jährlichen Aufwendungen, ja allein die 200 Mil-
lionen Mark für Eisenbahnbauten, aufgebracht werden müßten
statt durch Kredit, durch Steuern und durch Vorwegnahme der
öffentlichen Einkünfte? Die Eisenbahnverstaatlichung spricht keines-
wegs zu Gunsten Ihrer Anschauung. Sie haben die Frage nach
dem Zukunftsstaat als unethische Neugierde beipflichtet. Sie
selbst sagen, daß, was Sie vorschlagen zur Beseitigung des Noth-
stands, nur elende Palliativmittel sind und wirkliche Heilung nicht
auf dem Boden des elenden Privatunternehmertums, sondern der
sozialdemokratischen Ordnung erfolgen kann. Nun ist noch die Frage
gerechtfertigt, ob Sie im Stande sind, in diesem Zukunftsstaate
etwas Besseres anzunehmen, als in der Gegenwart möglich ist.
Abg. Bachem meinte, Sie seien verpflichtet, zu zeigen, wie Sie sich
Ihren Staat denken, da Sie ankündigen, daß seine Aufrichtung in
näherer Zeit bevorstehe. Insofern hat Abg. Bachem unrecht. Sie
(zu den Sozialdemokraten) führen eine verschiedene Sprache. Wenn
die Jungen unruhig werden und sagen, bei dem ganzen Parla-
menten kommt nichts heraus, dann suchen Sie sie zu beschwichi-
gen, wie das Bebel 1891 in Rixdorf gethan hat, indem Sie in
Versammlungen sagen: die Katastrophe steht vor der Thür, oder:
Der Kladderadatsch wird rascher eintreten, als irgend einer sich
jetzt noch einbildet. Wenn Sie dagegen aufgefordert werden, einer
wissenschaftlichen Kritik zu unterbreiten, wie Sie die Sache machen
wollen, oder sich einer parlamentarischen Kritik auszusetzen, dann
brauchen Sie nicht Rücksicht auf die Jungen zu nehmen, dann
vertheidigen Sie sich mit Ihren Plänen. Wenn Sie in der Lage
sind, die Sache bald zu machen, so kann ich nur wünschen, daß
Sie im beiderseitigen Interesse möglichst rasch vorgehen. Das
Schlimmste ist jedenfalls eine lange Uebergangszeit. (Rufe bei den
Sozialdemokraten: Helfen Sie!) Wie kann ich da helfen? Sie
haben es ja auch gar nicht nötig. Je länger eine Uebergangszeit
sich ausspannt, um so weniger theilhaftig bleiben wir der guten
Seiten, die doch auch nach Ihrer Ansicht in gewissem Grade die
gegenwärtige Gesellschaftsordnung hat, und um so mehr entbehren
wir der Segnungen, die Ihr Zukunftsstaat bringen soll. Eine
solche Uebergangszeit kann mehr vernichten, als Ihr sozialdemo-
kratischer Zukunftsstaat an Segnungen bringt. (Beifall.) Abg.
Bebel sagt: Zerschneiden Sie sich doch nicht unsere Köpfe. Nun,
zerbrechen Sie doch auch nicht unsere Köpfe über den jetzigen
Staat. Wenn es sich bloß handelte um eine Organisation Ihrer
Partei, so machen Sie das mit sich selber aus. Sie wollen doch
aber, daß wir unsere Köpfe dabei haben, und wenn wir sie nicht
dabei haben, so zerbrechen Sie vielleicht mehr als unsere Köpfe
(Heiterkeit). Sie prahlen mit Ihrer großen Anzahl und glauben,
daß Sie noch weiter in die ausschlaggebende Mitte rücken werden.
Glauben Sie aber, daß Ihre 1 1/2 Millionen Wähler Anhänger
Ihres Zukunftsstaates sind? Nein! Sie geben das ja auch zu.
Sie verstehen es mit großem Geschick Unzufriedenheit zu erwecken
und die Unzufriedenheit aller Art an sich zu ziehen, und Sie haben
in Folge dessen einen sehr gemächlichen Anhang. Neulich haben Sie
doch sogar solchen unter den Agrariern gefunden (Heiterkeit), denen
Sie ja nicht bloß einen Theil der Hypothekenschulden abnehmen wollen,
sondern sogar den gesamten Grundbesitz. (Heiterkeit.) Der größte
Theil Ihrer Wähler geht nur mit, weil er unzufrieden ist. In dem
Maße, wie Sie den Kern des sozialdemokratischen Zukunftsstaates
enthüllen, rücken die Massen von Ihnen ab, weil sie nicht daran
denken, Privateigenthum und Erbrecht in dem Maße zu beschränken,
wie Sie lehren. Und weil Sie wissen, daß Ihre Anhänger in dem
Maße verschwinden, wie Sie den Kern Ihres Staates enthüllen,
deshalb sind Sie gezwungen, den Kern möglichst im Dunkeln zu
halten und zu färben. Ihr früheres Programm ist jetzt noch viel
kürzer geworden in Bezug auf die eigentlichen Ziele der Partei
und nur bereichert in dem Abschnitte, der über die gegenwärtige
Gesellschaftsordnung handelt. Der Abg. Bebel klammerte sich bei
der Definition des sozialdemokratischen Staates an das Wortspiel
vom Staat. Das war Wortklauberi (sehr richtig! links.) Abg.
Bebel: Wortklauberi ist alles nur bei Ihnen. Jeder weiß,
was man unter Staat und Gesellschaft zu verstehen hat. Unter
Gesellschaft verstehe ich die freie, selbständige Regelung gemein-
samer Angelegenheiten; unter Staat verstehe ich diese Regelung
mit Hilfe einer Zwangsgewalt, von Polizei und Exekutor. (Wieder-
holte Zurufe der Sozialdemokraten.) — Lassen Sie mich doch
ausreden. Es geht hier wie in einer Volksversammlung zu. So-
bald man das Thema vom Zukunftsstaat anschlägt, entsteht eine
solche Unruhe unter den Sozialdemokraten, daß es nicht mehr
möglich ist, die Sache logisch zu erörtern. Sie sprechen immer
von Gesellschaftsordnung und gemeinschaftlicher Regelung, aber
was alle Welt unter Gesellschaft versteht, das ist gerade
der sozialdemokratische Staat nicht. Die sozialdemokratische
Regelung ist eine Regelung durch Zwangsgewalt des Staates.
Die Ausführungen Bebel's sind ein erstaunliches Beispiel
dafür, wie er versteht, um die Sache herumzureden. Ist denn
die Sprache erfunden, um die Gedanken zu verbergen? Sie suchen
unter stolzen, prahlerischen Worten die Verlegenheit zu verbergen,
dem Abg. Bachem eine runde, klare Antwort zu geben. Ich er-
staune über die geschickte Art, die Aufmerksamkeit von der eigent-
lichen Sache abzulenken. Aber es kann nur denjenigen bethören,
der gewohnt ist, auf den Klang der Worte zu hören und nicht
auf den Inhalt. Aber wer eine klare Antwort auf eine klare
Frage verlangt, wendet sich nur um so unzufriedener von Ihnen.
Eines war mir neu in den Ausführungen Bebel's, das über den
Mauerungsprozeß der Partei. Herr Bebel hat ja
schon manchen Mauerungsprozeß durchgemacht. Als ich ihn zum
ersten Male kennen lernte, traten wir beide zusammen für Schulze-
Delitzsch gegen Lassalle ein. Später ist er ein Anhänger Lassalle's
geworden. Er ist mit dem Programm von Gotha eingetreten für

das Universalheilmittel der Kreditgenossenschaften mit staatlicher
Hilfe und für das ehrliche Lohngebot. Jetzt haben Sie sich wieder
einmal gemauert, jetzt werfen Sie verächtlich weg, was nach An-
sicht Lassalle's der wahre Brüststein für die sozialdemokratische
Wissenschaft ist. Sie mauern sich ja kein Vorwurf, aber wer sich
so immer mauert, sollte nicht eine so stolze Sprache führen.
(Beifall.) Man weiß ja nicht, wie Sie sich so weiter
mauern werden (Heiterkeit), wohin Sie sich mauern (erneute Heiterkeit).
Sie haben von der Religion gesprochen. Die religiösen Propheten
haben noch niemals so viel Glauben von ihren Anhängern ver-
langt, als Sie von den Ihrigen. (Beifall.) Die religiösen Pro-
pheten haben nur immer den Glauben an das Verlangte, was sie
für die Eingebungen Gottes hielten; aber Sie verlangen von Ihren
Anhängern, daß sie sich von vornherein für das Ergebnis Ihrer
künftigen Mauerung begeistern. Sie sind in dieser Mauerung
nicht revolutionärer geworden (Heiterkeit), sondern zahmer. Sie
diskutiren viel sachlicher, wie früher über die Pläne der jetzigen
Gesellschaftsordnung (Zustimmung), und das erkennen wir an. Die
Mauerung kann also dahin gehen, daß Sie allmählich sich von Ihrem
eigentlichen sozialdemokratischen Programm zur radikalen Volks-
partei entwickeln, die radikaler ist, als wir, im Grunde genommen
aber auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung steht. Es giebt
verschiedene Arten der Mauerung. Abgeordneter v. Vollmar hat
sich schon weiter gemauert (Heiterkeit), als Sie. Auf dem letzten
Parteitag hat der Abg. Singer nach den sozialdemokratischen Zei-
tungen dem Abg. Vollmar den Vorwurf gemacht, für ihn scheine der
eigentliche Gedanke der sozialdemokratischen Partei, das eigentliche
sozialdemokratische Programm nur noch die Bedeutung einer alten
Familienreliquie zu haben (Heiterkeit), die nur bei festlichen Ge-
legenheiten hervorgeholt werde. Sie gestatten mir, daß ich etwas
auf meine Broschüre eingehe. Ich muß von vornherein bitten,
mich darin nicht mißzuverstehen. Ich bin hier sehr oft zitiert wor-
den, aber ich habe es immer vermieden, darauf einzugehen, denn
man hätte das mißdeuten können. Ich habe gefunden, daß es sich
loht, Sie an Ihren schwachen Seiten anzugreifen und dieselben
in Form einer Erzählung denjenigen näher zu bringen, welche
weniger gewohnt sind, mit volkswirtschaftlichen Begriffen zu rechnen.
Es sind in diese sozialdemokratischen Zukunftsbilder entstanden. Ich
habe meine Broschüre in derselben Weise verbreitet, wie Sie Ihre
Broschüren verbreiten (Heiterkeit) und mit denselben Ueberschriften
(Heiterkeit), und ich habe die Genußnahme, daß am Schlusse des
Jahres von dieser einen Broschüre mehr verbreitet worden war,
als nach Ihren Berichten durch Ihr ganzes Pressbureau vertrieben
worden ist. Nun sagt der Abg. Bebel, es sei kein Arbeiter dadurch
überzeugt worden. Ja, seit wann sind denn die Arbeiter ver-
pflichtet, sich, wenn sie anderer Ansicht werden, beim Abg. Bebel
abzumelden? (Heiterkeit). Wie soll ich mir die zunehmende Ver-
breitung meiner Broschüre anders erklären, als daß sie mit Erfolg
gelesen worden ist? Ich würde ganz das Wesen der Sozial-
demokratie verkennen, wenn ich mir überhaupt einbildete, eine
Bewegung, welche dreißig Jahre gedauert hat, der so viele Fehler
der Regierung zu Gute gekommen sind, mit einer einzigen Broschüre
tödtgeschlagen zu haben. Nein, ich sage Ihnen, ich habe schon viel
erreicht, wenn ich das Kokettiren des Staatssozialismus, des Ka-
thecherisozialismus mit der Sozialdemokratie verbunden habe, wenn
ich vermindert habe, daß gebildete Kreise mit Ihnen sympathisiren.
(Abg. Bebel: Das haben Sie gar nicht erreicht!) Berechtigter
Herr (Heiterkeit), das ist genau dasselbe, als wenn Sie sagen, ich
hätte vielleicht ganz gute Sachen geschrieben über Militärfragen,
aber diese Broschüre taue nichts. (Heiterkeit.) Nun sehen Sie
mal, ich kenne Herren von der Rechten, die sagen, diese Zukunfts-
bilder haben uns sehr gut gefallen, aber Ihre ABC-Bücher taugen
nichts. (Heiterkeit.) Wenn die Herren das Eine loben und das
Andere tadeln, so sage ich mir, ganz ohne kann weder das Eine
noch das Andere sein. (Heiterkeit.) Jedenfalls trau ich den
Leuten, gegen die sich solche Schriften kehren, nicht gerade das
unbefangenste Urtheil zu. Ich habe Sie in Ihrem internationalen
Weisen von dem internationalen Standpunkte aus getroffen in
dem Nachweis, daß Ihre Bestrebungen dem Wesen des
Menschen zuwider sind. Sie haben Ihre absolute Unfähigkeit,
mich zu widerlegen, bewiesen. Denn nach dem Erscheinen der
Broschüre hieß es, was wird Bebel dazu sagen, was werden
die wissenschaftlichen Feeder der Sozialdemokraten darauf
antworten? Nun ist mir gesagt worden, ich hätte die Literatur
mit einer komischen Figur bereichert, durch die Spar-Agnes. Was
hat das damit für eine Bewandnis? Ich habe geschrieben, wie
eine Arbeiterin im Stande ist, durch Arbeiten sich ihre Aussteuer
im Werthe von 3000 Mark zu ersparen bis zum Augenblick ihrer
Verheirathung. Das haben die Herren mit Spott und Ironie
zurückgewiesen und bemerkt, ich kenne nicht die Berliner Verhält-
nisse. Gerade diese Figur ist nach dem Leben gezeichnet, und in
dem Kreise, auf welche diese Schilderung zutrifft, spottet man über
Ihre Auffassung, wie sie die Arbeiter anzusehen suchen, damit sie
nicht sparen, das ist das Allerwunderlichste. Ich erkenne an, daß
es vielen Familien äußerst schwer wird, etwas zu ersparen. Ich
bin am wenigsten derjenige, der sagt, unter allen Umständen muß
geipart werden, aber es kommt darauf an, daß gerade die jungen
Arbeiterinnen und Arbeiter sparen. Wie muß sich denn dieser
Staat entwickeln? Nach Ihrem eigenen Programm wird der
Staat allein der Eigenthümer alles Kapitals. Die Folge davon
ist, daß dieser Staat allein der Arbeitgeber wird. Die weitere
Folge ist, daß jeder arbeiten muß, wenn er nicht verhungern will,
und daß er diejenige Arbeit aufnehmen muß, welche der Staat ihm
aufgiebt. Nun suchen Sie zu leugnen, daß ein Zwang stattfindet.
Man sagt, das werde alles freiwillig werden. Abg. Bebel glaubt
das aber selbst nicht, denn er befürwortet geradezu die Wiederein-
führung des alten Frohndienstes, indem er vorschlägt, daß, wo
sich die nötigen Arbeiter nicht finden, eine Alternirung statt-
finden solle. Weiter muß in dem sozialdemokratischen Staate der
Lohn für alle gleich sein. (Abg. Bebel: Es giebt ja keinen
Lohn!) Allerdings, Münzen mit dem Bildniß des Kaisers giebt es
nicht, aber was wir als Lohn, nämlich den Erlaß für Arbeits-
leistungen, bezeichnen, darunter verstehen Sie Anweisung auf be-
stimmte Konsumartikel. In der Sache ist es doch dasselbe. Das
hat Herr Bebel in seinem Buch dargelegt, wenn er es auch zu ver-

stehen sucht. Denn wollten Sie etwas anderes, so würde sofort ein Ueberfluß auf der einen Seite entstehen, und die Bildung des Privatkapitals würde wieder beginnen und damit Ihr ganzes Gebäude unterhöhlen werden. Das folgt aus diesem Wesen Ihres Staates. Herr Bebel verwirft im sozialdemokratischen Staat — daran ist er nur der logische Kopf — jedes persönliche Verdienst. Die Frau muß ebensoviel arbeiten wie der Mann. Die Folge ist, daß die Häuslichkeit auf das äußerste beschränkt werden muß, weil sonst der Dienstbote zur Wartung einer zahlreichen Kinderfamilie sich einstellen muß, und weil die Arbeiterin gar nicht nach Hause kommen kann, weil sie dazu keine Zeit hat. Die Häuslichkeit muß auf das äußerste engte beschränkt werden. Da heißt es denn, „wir werden große Zentralöfen- und Reinigungsanstalten einrichten, da wird alles besorgt.“ (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Indem Sie nun die Kinder von ihren Eltern trennen, indem Sie sie von Staatswegen erziehen lassen, kommen Sie genau zu den Zuständen, wie ich sie geschildert habe, zu jener Zerstörung der Häuslichkeit, welche die Katastrophe nach sich zieht. Sie sprechen weiter von der planlosen Produktion. Wenn Sie eine planmäßige Produktion wollen, dann müssen Sie zugleich eine planmäßige Konsumtion einführen, dann müssen Sie jedem Einzelnen vorschreiben, was er konsumieren soll. Abg. v. Stumm meint, daß dieser Zustand zu Verhältnissen führen werde, welche mit einem Buchthaus Ähnlichkeit haben. Das ist auch meine Ansicht. Die persönliche Freiheit wird bei der Durchführung dieses Programms zu Zuständen führen, wie wir sie nur in dem Buchthaus haben. Da ist planmäßige Produktion, dort ist auch planmäßige Konsumtion. (Große Heiterkeit.) Aber, ob alle in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat es gut haben würden wie die Sträflinge, ist die Frage. Denn die Voraussetzung bei uns ist noch immer die freie bürgerliche Gesellschaft außerhalb des Buchthauses. Wenn das Buchthaus auf seinen eigenen Extrakt angewiesen wäre, so würde nicht die Hälfte der nötigen Produkte aufgebracht werden können. Die Konsumtion wäre so einzurichten, daß eine langsame Verhungerung stattfinden müßte. (Heiterkeit.) Die logische Durchführung Ihres Staates bringt einen Zustand hervor, der noch unter dem Buchthaus steht. Das ist ja auch ganz natürlich. Sie vernichten jedes eigene Interesse im Menschen, sich selbst vorwärts zu bringen. Sie verzichten auf die Konkurrenz, damit vernichten Sie jedes Streben des Menschen, die Zustände im eigenen Interesse zu verbessern, die Produktion und Konsumtion immer mehr anzubequemen. Alles das glauben Sie durch die allgemeine sozialdemokratische Diktatur erziehen zu können. Das ist das Vertrauen, das Sie in die Zukunft setzen, und das ist nur dadurch möglich, daß Sie sich Menschen vorstellen, die gar nicht existieren können. Wenn das alles der Fall wäre, wenn dies wirklich im Stande wäre, wie Bebel sagt, den Himmel auf Erden zu schaffen, dann würde sich Ihre Logik selber in den Schwan zerlegen. Dann müßte Ihre größte Sorge die sein, sich vor der Ueberfüllung zu schützen. Sie nehmen ja den Eltern jede Verantwortlichkeit für ihre Kinder ab. (Abg. Bebel: Warum haben Sie sich nicht verheiratet?) Sehen Sie, das ist die ganze Verlegenheit, in der sich die Herren befinden. (Lebhafter anhaltender Beifall.) In dem Augenblicke, wo die Sache ernst für Sie wird, suchen Sie sich so kleinlich aus der Schlage zu ziehen (Beifall). Ich sagte, die sozialdemokratische Gesellschaft übernimmt die Verpflichtung, die Kinder zu unterhalten, zu bekleiden und zu verpflegen und nimmt den Eltern alle Verantwortlichkeit ab, die in dieser Beziehung für sie erwachsen könnte. Die Zunahme der Bevölkerung fordert Kapitalvermehrung, denn wenn sich das Kapital nicht vermehrt, dann geht die ganze Kultur zurück. Es muß doch jeder neue Ankommen seinen Teil in der sozialdemokratischen Gesellschaft gedeckt finden. Bebel giebt in seiner „Frau“ an, wohin man den Ueberfluß der Bevölkerung führen könne. Er verweist auf Norwegen und Sibirien, dort hätte Abg. Bebel wohl auch noch einen Platz für den Abg. Bachem. (Heiterkeit.) Wenn der Ueberfluß sich im Norden von Sibirien nicht unterbringen lassen würde, so ist Bebel nicht in Verlegenheit, denn wir haben ja noch die Sahara, und wenn es gelänge, dort einen See auszugraben, so wird es möglich sein, viele Tausende Quadratmeilen in Ländereien zu verwandeln — Alles nachzulesen in dem Buch „Die Frau“. Die Wüste Sahara haben Sie in der letzten Auflage ausgemauert. (Große Heiterkeit.) Abg. Bebel hat in seinem Buch darauf hingewiesen, daß im sozialdemokratischen Zukunftsstaat eine Veredelung der Menschen in körperlicher Hinsicht stattfinden werde, wie ja auch die edleren Thiere, der Löwe, das Kameel, der Elefant, weniger Junge haben als Hosen und Kaninchen. (Heiterkeit.) Hier jetzt Abg. Bebel ein, und das ist der Schlüsselstein seines sozialdemokratischen Staates. Er empfiehlt die Regelung der Volksvermehrung in derselben Art, wie die Nährweise reguliert wird. Gewiß, ganz der logische Kopf! Seine Anschauungsweise führt ihn dazu, nicht bloß die Lebensweise von Staatswegen zu regeln, sondern zwingt ihn auch dazu, die Fortpflanzung von Staatswegen zu ordnen. Er drückt dadurch die Menschen ins Thierreich hinunter, wie ja auch heute schon die Tierzucht in Gestüthen, Brütanstalten und sonstigen Einrichtungen der entsprechenden obrigkeitlichen Verantwortung überlassen wird. (Heiterkeit.) Das ist der logische Schlüsselstein, zu dem Abg. Bebel vordrängt. Am Schluß schwingt sich Bebel zu dem Satz auf: „Der Sozialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntnis auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit angewandte Wissenschaft.“ Ich aber erlaube mir, diese Betrachtungen mit den Worten zu schließen, daß der Sozialismus nur auf einem unklaren Bewußtsein und unzureichender Erkenntnis des Wesens der Menschen und der Dinge beruht. Gewiß, unsere Gesellschaftsordnung ist nichts weniger als vollkommen. Abg. Bebel hat ja selbst anerkannt, es sei die beste der bisherigen Gesellschaftszustände der Welt. Er erkennt selbst an, daß in dieser Entwicklung ein Fortschritt ist. Warum soll ein weiterer Fortschritt ausgeschlossen sein? Sie nehmen die Technik und die technischen Verbesserungen für Ihren Stand in Anspruch. Warum soll die Technik mit Ihren Fortschritten nicht auch der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung zu Gute kommen. In allen sozialen Schichten ist jetzige Generation besser als die früheren. Wir wollen in den Menschen die natürlichen Hindernisse mehr und mehr beseitigen, um zu besseren Zuständen zu gelangen. Allerdings, nichts ist verkehrter, als alles dem Staat zu übertragen; die Vervollkommenung und Verbesserung muß bei den einzelnen Menschen selbst anfangen. Das ist es gerade, was ich Ihnen vorwerfe, daß Sie die Arbeiter nicht auf die eigene Vervollkommenung verweisen. Wenn überhaupt Ihr Staat möglich wäre, dann wäre er nur möglich mit Arbeitern und Menschen, die alle Tugenden in noch weit höherem Grade entwickelt hätten, als es bis jetzt der Fall ist. Der Fortschritt kann nur kommen von den Einrichtungen der Gesellschaft, in gewissem Umfange auch unter Mitwirkung des Staates, insbesondere in der Beseitigung von Hindernissen. Das mache ich Ihnen zum Vorwurf, daß Sie die politischen Fortschritte unserer Gesellschaft gefährdet und verhindert haben. Eine größere freibeiwillige Entwicklung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht wird dadurch erschwert, daß es Ihnen gelungen ist, die bürgerliche Gesellschaft in zwei feindliche Lager zu theilen. Wenn wir uns nach zwei Fronten zu vertheidigen haben, so ist das wesentlich die Frucht der Spaltung, die Sie in das liberale Bürgerthum hineingebracht. Wenn Sie uns vorwerfen, daß wir nicht durchdringen können, so kommt es daher, daß wir fortwährend genöthigt sind, einen Krieg auf zwei Fronten zu führen. Schwierig genug ist diese Situation. Wir werden nicht erlahmen in diesem Kampf nach rechts und nach links. Wir führen diesen Kampf nicht

zu unserem Besten, sondern um des Volkes und der Zukunft willen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frohme (Soz.): Sie glauben selber nicht an eine Harmonie der Interessen von Arbeitgeber und Arbeiter. Es besteht ein Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Unsere ganze Dekonomie beruht noch darauf, möglichst viel Nutzen aus der Arbeit zu ziehen. Der Kapitalismus hat die Armuth der großen Masse zur unbedingten Voraussetzung. Der Abg. Richter meint: Unsere Bestrebungen gingen gegen die menschliche Natur. Wenn das wahr wäre, warum überlassen Sie dann nicht der Mutter Natur das Richtersamt? Was wollen Sie mit den Reden über den Staatsbegriff? Kann irgend Jemand unter Ihnen mir genau sagen, welchen Staatsbegriff die einzelnen Parteien im Hause haben? Ist doch der Staat des Konservatismus von dem des Liberalismus verschieden, wie Feuer und Wasser. Wir verlassen uns auf die Entwidlung der Dinge. Mit der Debatte in diesen drei Tagen thun Sie uns den größten Gefallen, denn Sie beweisen uns damit Ihre absolute Unfähigkeit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stöcker (deutschl.): Richter hat die agrarische Frage mit der Nothstandsfrage verquickt. Das Bedeutende der Debatte dieser Tage liegt darin, daß die Sozialdemokraten vor dem Lande ihre Bankrotterklärung gegeben haben, da sie sagen: Wir wissen gar nichts. Sie haben gar keinen Sinn für die Praxis. In Ihnen ist ein Gericht in diesen Tagen vollzogen worden. Sie sind zwar eine Schaar von intelligenten Menschen, aber keine politische Partei, denn eine politische Partei muß wissen, was sie will. Wenn Herr Bebel den Zukunftsstaat aufgegeben hat, warum läßt er sein Buch über die Frau immer von Neuem drucken? Kann man sich etwas politisch Höflicheres und Verwerflicheres denken, als das deutsche Volk mit Dingen zu trocknen, die man selbst für unrichtig hält? (Sehr richtig! rechts.) Sie konstruieren einen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, den wir nicht anerkennen, obwohl wir dem Kapital den Vorwurf machen, daß es leicht genug für die Arbeiter thut. Auch Manzi hat für die Arbeiter gesprochen, aber nicht von Eigennutz, sondern von Opfern. Er hätte eben ein Herz in der Brust und Verstand im Kopf. Der Gegensatz zwischen solchen Menschen und Ihnen ist der von Tempel und Schnapsbude. (Heiterkeit.) Sie wenden sich gegen das Sparen. Keine bürgerliche und häusliche Tugend wird allein die soziale Frage lösen, aber ohne Sparsamkeit und Nüchternheit wird es niemals gehen. Wo steht aber in Ihren Büchern etwas von dieser Tugend? Wir stehen treu zu unsern Arbeitern, aber Sie werden wir bekämpfen mit den Waffen der Sitte und Religion. (Beifall rechts.)

Abg. Siche (Zentrum): Ueber Arbeiter-Organisationen will ich mich mit den Sozialdemokraten sehr gern unterhalten, aber nur über Organisationen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung. Ihr sozialdemokratisches Ideal ist ein Zool. Ihr Programm unterscheidet zwischen Forderungen in der Richtung Ihres Zukunftsstaates und solchen, die sich im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung bewegen. Letztere sind von unseren eigenen Forderungen gar nicht qualitativ verschieden, sondern nur quantitativ. Darüber läßt sich ja disputieren. Redner führt dann weiter aus, wie es unmöglich sei, sich über die Forderungen des sozialdemokratischen Programms, insoweit sie sich auf den Zukunftsstaat bezögen, ein klares Bild zu machen.

Das Haus vertagt sich sodann.

Montag 1 Uhr: Fortsetzung; vorher Antrag Singer auf Einstellung eines Strafverfahrens wegen Beleidigung gegen den Abg. v. Münch. Schluß 4^{1/2} Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 4. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Abg. Barthold (frk.) beklagt, daß die landwirtschaftlichen Schulen ihre Aufgaben, den jungen Mann in Theorie und Praxis gleichmäßig zu informieren, nicht erfüllen, und bittet, den Normalbesoldungssatz für diese Schulen einzuführen.

Abg. Schmeller (nl.) erklärt, daß auf den Gymnasien zu wenig Rücksicht genommen werde auf praktische Naturwissenschaft und Mathematik, so daß diese Schulen eine sehr ungeeignete Vorbildung für den landwirtschaftlichen Beruf gewähren.

Abg. v. Pilgrim (frk.) dankt dem Minister für die Einstellung von Mitteln für die landwirtschaftlichen Schulen.

Abg. Schumacher (frk.) wünscht eine Verstaatlichung der landwirtschaftlichen Mittelschulen.

Abg. Walbrecht (nl.) bittet, die Thierarzneischule in Hannover so auszugestalten, daß sie als Schule erster Klasse würdig dastehe.

Minister v. Seyden verspricht, in dem nächsten Etat die nötigen Mittel für die Schule in Hannover einzustellen.

Abg. v. Pilgrim (frk.) verlangt bessere Besoldung der Kreis-Thierärzte.

Abg. Sombart (nl.) hält es für notwendig, daß den Thierärzten eine bessere wissenschaftliche Vorbildung erteilt werde. Die Thierärzte müßten das Abiturientenexamen machen.

Minister v. Seyden: Innerhalb der preussischen Verwaltung sind Verhandlungen gepflogen worden, ob für die Besucher der thierärztlichen Hochschulen die Ableistung des Abiturientenexamens gefordert werden müsse. Die Verhandlungen haben das Ergebnis gehabt, daß es bei dem bisherigen Zustand bleiben solle. Eine Gehaltsaufbesserung der Kreis-Thierärzte wird in absehbarer Zeit nicht erfolgen können. Vielmehr werden die Kreis-Thierärzte auch weiterhin auf Privatpraxis angewiesen bleiben.

Abg. v. Kröcher (konf.) weist auf die Schäden hin, welche die Landwirtschaft von der Maul- und Klauenseuche habe. Redner beklagt die Aufhebung der Sperre für Schweine gegen Rußland und Oesterreich und daß die Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch gestattet worden. Unter den kleinen Landwirthen sei die schon vorhandene Erbitterung nicht geringer geworden dadurch, daß die Eingaben wegen der Seuche an den Reichskanzler unbeachtet blieben. (Beifall rechts.)

Minister v. Seyden: Kein Mensch weiß, wodurch die Maul- und Klauenseuche entsteht. Man kann also nicht sagen, daß sie vom Ausland eingeschleppt sei. Die Seuche ist bei uns seit 1^{1/2} Monaten im Abnehmen begriffen. Diese Seuche herrscht fast über die ganze Welt. Die Gründe für die Uebertragung der Seuche sind noch vollkommen unbekannt. Hoffentlich wird es gelingen, diese Seuche künftig leichter zu unterdrücken.

Abg. Dr. Seelig (frk.) erneuert seinen Wunsch nach besserer Förderung des Obst- und Weinbaues durch staatliche Aufwendungen. Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der indirekten Steuern.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Etat der Baubewirtschaftung). Schluß gegen 3^{1/2} Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 5. Febr. Morgen wird die Unterhaltung des Reichstags über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat fortgesetzt werden. Das wäre denn also der dritte oder, wenn man den Dienstag der vorigen Woche einrechnet, der

vierte Tag dieser ungewöhnlichen Debatte, und nur von der Freundlichkeit der Sozialdemokraten wird es abhängen, ob nicht noch ein fünfter Tag zugelegt werden muß. Da das Haus an chronischer Beschlußunfähigkeit leidet, so hat es Bebel oder wer sonst will, immer in der Hand, bei etwaigen Schlußanträgen durch Anzweiflung der Beschlußfähigkeit die Vertagung zu erzwingen. Inzwischen schwebt Herr v. Bötticher in Hängen und Bangen, was aus seinem Gehalt werden soll. Denn um die Bewilligung des Gehalts des Staatssekretärs des Innern geht ja, formal genommen, diese Berathung, und wie schrecklich wäre es, wenn der Reichstag nach fast einwöchentlich gründlichster Berathung in so sonderbarer Weise, wie man es jetzt erlebt, dahin käme, den Etatsittel zu verwerfen! Scherz muß auch sein. Gewiß haben die Debatten vom Freitag und Sonnabend ihren Werth, aber man überschätze nur ja nicht das Interesse des Reichstags selber. Wer auf die Tribünen tritt, dessen erste Empfindung ist ein ganz elementares Erschrecken über die unheimliche Leere im Saale und am Bundestisch, namentlich am letzteren. Gestern markierte Herr v. Bötticher, der Anstands halber nicht fehlen durfte, ganz allein den Platz, wo sonst die Vertreter der verbündeten Regierungen gedrängt neben einander sitzen und stehen. Nur während der Richterschen Rede fanden sich die Abgeordneten und auch mehrere Mitglieder des Bundesrathes im Saale ein; dann aber ging es in Eile wieder in die Vorräume, wo sich doch wenigstens rauchen und plaudern läßt. Die Richtersche Rede wird alsbald als Broschüre erscheinen, und sie verdient die weiteste Verbreitung. Nützlich wäre es aber auch, wenn alle übrigen Reden gesammelt herausgegeben würden. Noch nie hat der Reichstag die Grundfragen unserer staatlichen und wirtschaftlichen Zustände so tief ausgeschöpft wie jetzt, und gerade die bürgerlichen Klassen werden gut dabei fahren, wenn die Utopien der Herren Bebel und Frohme im Rahmen der nüchternen Anschauungsweise erscheinen, mit der die übrigen Redner jene sozialistischen Phantastereien haben umkleiden müssen. Ueber die Unüberlegtheit, mit der sie sich auf ein gefährliches Terrain haben locken lassen, werden die Herren Sozialdemokraten jetzt wohl schon mit sich im Reinen sein. Aber sie waren und sind in einer Zwangslage. Nicht bloß im Reichstage hat man ein dringendes Interesse daran, sozialdemokratische Konfessionen entgegenzunehmen, sondern weithin im Lande besteht dasselbe Verlangen, nicht am wenigsten bei den sozialdemokratisch wählenden Massen selber. Die Partei ist immer mehr in die Gefahr der Verflumpung gerathen. Sie dreht sich ewig im Kreise; sie verlangt durchgreifende Umwälzungen, durch die das ganze Antlitz der bestehenden Zustände verändert werden müßte. Und dann strebt sie ihre unendlich fern liegenden Ziele mit denselben Mitteln an, deren sich auch die anderen Parteien bedienen, mit den Mitteln der Oeffentlichkeit, wie sie das Leben eines konstitutionellen Staatswesens darbietet. So sind die sozialdemokratischen Führer die „Alten“, in die Fußangeln des „Parlamentels“ gegangen, und wenn die Partei dadurch an unmittelbarer Bedrohlichkeit verloren hat, wenn sie zahmer und „staatsmännischer“ geworden ist, so hat sie damit zu rechnen, daß die gläubigen Wähler, in denen so nutzlose Hoffnungen erweckt worden sind, die Geduld verlieren. Für Wechsel auf lange Sicht haben diese Massen nicht das geringste Verständnis, und immer stärker wird die Zahlungsfähigkeit der Aussteller angezweifelt, die erst in vielleicht hundert Jahren honorieren wollen. Der Abg. Bebel, immer noch das geistige Haupt der Partei, hat deshalb wohl oder übel auf die Bresche müssen. Seine Rede ist mindestens ebenso sehr zum Fenster hinausgesprochen wie zum Reichstage. Die Niederlage, die er sich unzweifelhaft im Reichstage zugezogen hat, wo er mit wichtigsten Schlägen von allen Seiten, namentlich aber vom Abg. Richter, völlig zugebeugt worden ist, dieser schwere Mißerfolg kann somit noch sehr verhängnisvoll für die Partei werden. Namentlich werden die Jungen nicht säumen, dem lahmen Kompromiß-Sozialismus, der parlamentarischen Leisetreterei oder wie sonst diese Rosworten lauten, in den Rücken zu fallen. Wir werden in der nächsten Zeit wohl wieder einen kleinen Aufschwung des ganz darniederliegenden sozialdemokratischen Versammlungswesens über uns ergehen lassen müssen, und die Reichstagsdebatten werden so eine Fortsetzung bekommen, deren praktischer Nutzen hoffentlich nicht ausbleiben wird. In den Debatten vom Freitag und Sonnabend, die sich ganz theoretisch auf einem sehr allgemeinen Boden bewegten, ist von den eigentlich treibenden politischen Motiven dieser Unterhaltung kein Wort gesagt worden, und so möge es denn hier gesagt werden: die Debatten sind im Hinblick auf die Möglichkeit baldiger Neuwahlen geführt worden. Es ist eine Erforschung des Terrains, auf dem sich vielleicht bald die Parteien im heißesten Ringen finden werden, und das unausgesprochene Gefühl, von dem jeder bürgerliche Parteiführer bei solcher Aussicht erfüllt sein muß, das Gefühl nämlich, daß die wichtigste Auseinandersetzung die mit der Sozialdemokratie sein würde, es hat im Grunde den Aufstakt gegeben. Dann aber dürfen die bürgerlichen Parteien, so sehr sie sonst zerklüftet sind, mit dem bisher erreichten Resultate wohl zufrieden sein. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, die durch die Fraktionen rechts von der Sozialdemokratie vertreten wird, will nicht nur nichts vom sozialdemokratischen Zukunftsstaate mehr wissen, sondern sie ist bei dieser Abneigung von der lebhaftesten Empfindung ihrer ungebrochenen Kraft getragen, und die zermürbte Greifenhaftigkeit, die Fäulnis, die hoffnungslose Verzweiflung, die die Sozialdemokraten in phantastischer Selbsttäuschung ihren Gegnern anzudichten lieben, bestehen eben nur in der überreichen Phantasie jener Leute.

— Die „Kreuztg.“ schreibt: Die Münchener „Allgem. Ztg.“ erhält aus Berlin folgendes Telegramm: „Dem Ver-

nehmen nach hätte der Großfürst-Thronfolger die Versicherung hierher überbracht, daß ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich nicht bestehe." Wir sind in der Lage, diese Nachricht als richtig zu bezeichnen.

Der „Freis. Btg.“ zufolge wurde in der Subkommission des Reichstags, welche auf Antrag des Abg. Richter niedergelegt ist, am Freitag Abend ermittelt, daß schon die vollständige Kasernierung der vorhandenen noch nicht kasernierten Truppen des preussischen Kontingents eine neue bisher im Etat noch nicht in Anschlag gebrachte Aufwendung von zwanzig Millionen erheischen würde.

Die „Germania“ erklärt, das Zentrum habe betreffs der Militärvorlage keine Beeinflussung irgendwelcher Art von geistlicher Seite erfahren und werde sie auch nicht erfahren.

Die „Krz.“ veröffentlicht folgenden Aufruf: Nach den Erklärungen des Staatssekretärs des Aeußern ist es nicht mehr zweifelhaft, daß mit Rußland und Rumänien Verhandlungen über einen Handelsvertrag schweben. Wir haben die Herabsetzung der Getreidezölle und die Freigabe der Vieheinfuhr zu gewärtigen. Welches kann die deutsche Landwirtschaft bei dem schon jetzt bestehenden Nothstande keineswegs ertragen; wir halten es daher für nothwendig, zu den beabsichtigten Handelsverträgen schon jetzt Mann für Mann Stellung zu nehmen und in allen Städten unserer Kreise Versammlungen abzuhalten, zu denen alle ländlichen Besitzer einzuladen sind. Zu einer Besprechung über diese erforderliche Agitation laden wir alle diejenigen, welche dieselbe in ihren Kreisen leiten wollen, auf Donnerstag, 9. Februar, Mittags 2 Uhr nach Belgard, Ottos Hotel ein. v. Herzberg-Lottin, v. Knebel-Döberitz-Lügau, v. Knebel-Döberitz-Friedrichsdorf, Günther-Wagitz.

Chemnitz, 4. Febr. Der Export nach Nordamerika betrug laut Ausweis des hiesigen Konsulats der Vereinigten Staaten von Amerika im verfloffenen Jahre 246 137 Dollars weniger als im Vorjahre; im letzten Vierteljahr war die Ausfuhr um 123 303 Dollars gesunken.

Telegraphische Nachrichten.

Langenweddingen, 5. Febr. Personenzug 268 Magdeburg-Halberstadt, welcher Personenzug 426 Magdeburg-Staßfurt in Langenweddingen überholen sollte, ist auf dieser Station aus noch nicht aufgeklärter Ursache auf den Zug 426 aufgefahren. Beide Geleise sind gesperrt; 3 Reisende und 1 Bahnbeamter haben Arm- und Beinbrüche nicht komplizierter Natur erlitten, 7 andere Personen sind leicht verletzt. Ärztliche Hilfe war zur Stelle. Schwerer verletzt sind vier Reisende.

Magdeburg, 5. Febr. Das Eisenbahn-Betriebsamt Magdeburg-Halberstadt macht bekannt: An der Unfallstelle in Langenweddingen (Strecke Magdeburg-Halberstadt) ist ein Geleise wieder fahrbar gestellt, das andere wird im Laufe des Tages frei.

Hamburg, 4. Febr. Im Gerichtsgefängnisse zu Altona ist ein tödtlich verlaufener Cholerafall vorgekommen, außerdem werden drei Choleraerkrankungen aus Altona neu gemeldet. In Hamburg ist auch heute kein neuer Cholerafall zur Meldung gelangt.

Mainz, 4. Febr. Die Höhe des Rheines betrug heute Mittag am hiesigen Pegel 3,63 Meter; das Wasser steigt. Aus Mainz, wo der Wasserstand 4,84 Meter, und aus Worms, wo der Stand 3,50 Meter betrug, wird starkes Steigen gemeldet, dagegen aus Wimpfen starkes Fallen des Neckars, der Wasserstand betrug am letzteren Orte 3,95 Meter; die Höhe des Maines bei Würzburg 4,41 Meter; es ist Stillstand eingetreten.

Dresden, 5. Febr. Die Elbe befindet sich in vollem Eisgange. Das Wasser steigt mäßig. Am hiesigen Pegel beträgt der Wasserstand 40 Zentimeter über Null.

Wien, 4. Febr. [Abgeordnetenhause.] Bei der Budgetdebatte, Titel Mittelschulen, trat der Unterrichtsminister Dr. v. Gautsich für Beibehaltung des Griechischen in den Gymnasien ein. Der Wegfall des Griechischen würde den Empfänger der Kultur, welche Oesterreich mit den weißlichen Völkern verbinde, zertrümmern und Anfangs einen wenig bemerkbaren, später aber einen empfindlichen und überaus nachtheiligen Riß zwischen dem Geistesleben Oesterreichs einerseits und Deutschlands, Frankreichs und Englands andererseits herbeiführen; er sei deshalb für Beibehaltung der Gymnasien und Realschulen.

Wien, 5. Febr. Der Klub der Vereinigten deutschen Linken nahm eine Resolution an, welche im Wesentlichen besagt, die Partei halte eine Resolution der staatsverhaltenden, nicht grundsätzlich verschiedenen Parteien für möglich, lehne aber das Zusammenwirken mit grundsätzlich verschiedenen Parteien ab; sie heiße das Regierungsprogramm in den Hauptpunkten gut bis auf den Vorbehalt bezüglich der Rechte der exekutiven und administrativen Praxis gegenüber der Sprachenfrage und der Schulverwaltung, sie hält an der Durchführung des deutsch-böhmischen Ausgleichs fest und erklärt sich bereit, die Regierung, unter Wahrung freier Hand, durch Förderung wirtschaftlicher, sozialpolitischer, gewerblicher, Justiz- und Steuer-Reformvorlagen zu unterstützen.

Petersburg, 4. Febr. Der Emir von Buchara hat Rußland um die Anerkennung seines Sohnes als Thronfolger; der Prinz soll in Petersburg erzogen werden. Wie verlautet, wäre die Anerkennung bereits erfolgt.

Christiania, 4. Febr. Der Stapellauf des für die Chicagoer Ausstellung erbauten Widmingschiffes, welcher heute Nachmittag in Sandefjord glücklich von staten ging, gestaltete sich zu einer glänzenden Feierlichkeit. Eine große Menschenmenge wohnte dem Schauspiel bei. Als Vertreter der Regierung war der kommandirende Admiral Noren anwesend.

Korör, 4. Febr. Der Storebelt ist heute voll von schwerem Treibeis.

Rom, 4. Febr. [Deputirtenkammer.] In der heutigen Sitzung wurde ein Antrag Rubinis verlesen, in Bezug auf die Erklärung Zanlonagos, er habe an mehrere Ministerpräsidenten Summen vertheilt, eine Untersuchung anzuordnen. Hierauf gab Rubini die Erklärung ab, er habe niemals irgendwelche Summe von der Banca Romana verlangt oder erhalten. Nach einer kurzen Erwiderung des Ministerpräsidenten Giolitti beschloß die Kammer, die Festsetzung eines Tages für die Berathung des Antrages Rubinis sich vorzubehalten.

Paris, 4. Febr. Bei dem heute im Elysee stattgehabten Ministerrathe wurde beschlossen, der Kammer eine Vorlage zu unterbreiten, nach welcher die Wittve Renans eine lebenslängliche Pension von 6000 Franks erhalten soll.

Einer Meldung der „Agence Havas“ aus Konstantinopel zufolge ist die Depesche der „Times“ unrichtig, wonach der französische Botschafter Cambon Anweisung erhalten habe, auf die Pforte einen Druck auszuüben, damit eine europäische Konferenz zusammenberufen werde, welche über die durch die Intervention Lord Cromers in Aegypten geschaffene Lage berathen solle.

Paris, 4. Febr. Im Justizpalaste liefen heute Gerüchte um, wonach die Anklagekammer auch zu Gunsten Rouviers, Renaults, Devès und Grebys auf Einstellung der Verhaftung beschloßen habe. Diese Gerüchte bedürfen der Bestätigung. Der Beschluß der Anklagekammer wird erst Montag bekanntgegeben werden.

Paris, 4. Febr. In Folge einer Erklärung Rocheforts, Kornelius Herz habe ihm mitgetheilt, daß er 4 Millionen Francs für Clemenceaus Blatt „Justice“ gegeben, beabsichtigt der Abgeordnete Willeboise an die Panama-Untersuchungs-Kommission das Ersuchen zu richten, Delegirte nach London zu senden, um Rochefort wegen dieser Erklärung zu vernehmen.

Paris, 4. Febr. Die Budgetkommission beschloß, entgegen dem Antrage des Finanzministers Tirard, die Vorlage betreffend die Börsensteuer abzuändern. Der Entwurf der Kommission wird einfach eine Steuer festlegen, ohne die Erhebung derselben zu regeln, um nicht die gegenwärtige Stellung der Agents de change und der Courtiers zu verändern.

Paris, 4. Febr. Nach hier vorliegenden Nachrichten aus Montevideo vom 4. d. entbehren die Gerüchte von dort entdeckten revolutionären Umrufen jeglicher Begründung; in Montevideo herrsche vollkommene Ruhe.

Paris, 4. Febr. [Deputirtenkammer.] Bei der Berathung des Budgets für die Kolonien erklärte Delcassé in Beantwortung verschiedener Anfragen, die Lage in Tonkin sei eine günstige; die militärischen Streitkräfte dürften nicht vermindert werden, obwohl die Pazifikation des Landes eine vollständige sei. Von dem Gebiete am Mekong sprechend, betonte Delcassé, die Rechte auf dieses Gebiet seien zu unantastbar, um Eingriffe seitens der Siamesen zu gestatten. Was Dahomey angehe, so sei die Kriegsperiode beendet. Ohne behaupten zu wollen, daß das wollen, daß das Kolonialgebiet Frankreichs nicht noch ausgedehnt werden könnte, halte er doch den Augenblick gekommen, wo das Schwert den friedlichen Bemühungen den Platz räumen müsse. (Beifall.)

Paris, 5. Febr. Exkönig Milan von Serbien ist gestern Abend nach Frankfurt a. M. abgereist.

Paris, 5. Febr. Der Graf von Paris hat seinen Anhängern angezeigt, daß der Herzog von Orleans, der sich bereits auf der Rückreise befinde, demnächst mit ihm in Sevilla zusammentreffen werde.

In einer den Blättern zugegangenen Mittheilung heißt es, der Justizminister Bourgeois werde eine eventuelle Interpellation Willeboises, betreffend ein Verhör Rocheforts ablehnen.

Madrid, 4. Febr. Die Königin-Regentin unterzeichnete heute das Dekret, durch welches die Cortes auf den 5. April einberufen werden. Die Deputirtenwahlen werden auf den 5. März, die Wahlen zum Senat auf den 19. März anberaumt.

Madrid, 5. Febr. Gestern Abend fand eine zahlreich besuchte republikanische Versammlung statt, an welcher die hervorragenden Parteiführer mit Ausnahme von Castelar theilnahmen. Salmeron und mehrere Anhänger Borillas hielten Ansprachen, in denen sie für einen Zusammenschluß aller Republikaner und für eine iberische Union eintraten.

Madrid, 5. Febr. Dem letzten Bulletin zufolge dauert die Besserung im Befinden des Königs fort.

London, 3. Febr. [Unterhaus Nachtrag.] Bei der Abredebeate beantragte Labouchere ein Amendement, welches die Hoffnung auspricht, daß Portal die Räumung Ugandas durch die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft erwirken werde, ohne die Verantwortung für England zu vermehren. Ferner schlug Labouchere bezüglich des Dreibundes eine Erklärung vor, die besagt, daß falls Lord Salisbury Italien seinen Beistand beim Ausbruche eines Krieges mit Frankreich versprochen habe, die jegliche Regierung für jene Versicherungen nicht verantwortlich sei. Der Premierminister Gladstone erwiderte, daß bezüglich des Dreibundes seit seinem Regierungsantritt sich nichts ereignet habe, was eine Beurkundung hinsichtlich des Dreibundes verursachen könne. In Aegypten sei die Regierung unausgeleitet bestrebt, ihre absolute Pflicht zu erfüllen, nämlich die äußere Sicherheit und den inneren Frieden des Landes zu bewahren, so lange die britische Besatzung dauere; gleichzeitig bemühe die Regierung sich die Harmonie und Eintracht zwischen der ägyptischen Regierung und der bestehenden Macht herzustellen. Gladstone erkennt die freundschaftliche und gemäßigte Sprache des französischen Ministers des Auswärtigen in der Kammer über den Gegenstand an. Bezüglich Ugandas sei die Diskussion verfrüht, man müsse Portals Bericht abwarten, ehe man über die Zukunft entscheide. Frankreich sei geneigt, Ansprüche auf eine Entschädigung für die Missionen in Uganda zu erheben. Die englische Regierung habe zu untersuchen, ob sie für die Leiden der katholischen Missionare wirklich verantwortlich sei, ehe sie diese Verantwortlichkeit zugestehen. Ueber die Frage der Annexion von Uganda oder des Protektorates über jenes Gebiet etwas zu sagen, wäre verfrüht, bis der Bericht Portals eingeht. Portal habe von der englischen Regierung keinen Auftrag, Uganda zu verwalten. Sobald die Regierung Portals Bericht habe, werde sie Weiteres beschließen. Auf mehrere Anfragen Balfours erwiderte, da Gladstone das Haus verlassen hatte, der Kanzler der Schatzkammer Sir Harcourt, die Regierung habe erfahren, daß die Räumung Ugandas ohne Vortheilsabwägung eine Gefahr für die Bevölkerung bedeute; die Regierung habe daher die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft aufgefordert, in Uganda zu verbleiben, bis die Räumung des Landes unbeschadet dessen Sicherheit erfolgen könne. Die Debatte wurde hierauf vertagt.

London, 4. Febr. Der „Times“ zufolge beriet die gestern zusammengetretene Reichsschlichtungskommission über die Weigerung Argentiniens, den Eisenbahn-Gesellschaften die Obligationen auszuhandigen, auf welche dieselben ohne das Moratorium Anspruch hätten. Die Kommission hätte an den Präsidenten der argentinischen Republik telegraphisch das dringende Ersuchen gerichtet, die bezüglichen Zusagen zu erfüllen.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Tanger steht die Schließung der dortigen Filiale der „African Banking Corporation“ unmittelbar bevor.

London, 4. Febr. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Alexandria von heute: Der Transporthdampfer „Himalaya“ ist mit einem Bataillon des schottischen Regiments „Black Watch“ außerhalb des hiesigen Hafens eingetroffen. Morgen früh wird das

Bataillon ausgeschifft werden und direkt nach Kairo abgehen. Ein Eisenbahnzug wird zu seiner Aufnahme am Quai bereit stehen. In der Stadt herrscht Ruhe, wie auch in dem Viertel der Eingeborenen eine gewisse Erregung wahrzunehmen ist.

Das „Reuterische Bureau“ meldet ferner aus Kairo: Der Khedive ist heute Morgen in Begleitung der Minister nach Assiut abgereist.

London, 5. Febr. In Sudberrysfeld ist an Stelle des verstorbenen Summers, eines Gladstonianers, der Konservative Grosland mit 35 Stimmen Mehrheit gegen den Kandidaten der Gladstonianer Woodhead gewählt worden.

Amsterdam, 4. Febr. Der Schiffsverkehr auf dem IJmuiden-Kanal, welcher seit Donnerstag durch die in denselben hinabgestürzte Lokomotive behindert ist, wird im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen werden können.

Konstantinopel, 4. Febr. Die zweitägige Quarantaine für Eisenbahn-Reisende auf der Station Mustapha-Pascha ist aufgehoben und durch eine ärztliche Untersuchung und Desinfektion der Kleider und Wäsche ersetzt worden, was insgesammt 12 Stunden beanspruchen wird. Die fünftägige Quarantaine in Zibecce an der Bahnlinie von Salonichi ist auf 2 Tage herabgesetzt worden.

Athen, 4. Febr. Der König und die Königin sind, begleitet vom Kronprinzen und dem Prinzen Nikolaus, heute Abend nach Korinth abgereist, wo dieselben an Bord der königlichen Yacht „Sphacteria“ die Fahrt nach Zante anzutreten gedenken. Die Ankunft auf Zante wird für morgen früh erwartet. Nach Meldungen aus Zante haben die Erdhölle nachgelassen, die Furcht der Bevölkerung hat sich in Folge dessen vermindert. Der durch die Erderschütterungen angerichtete Gesamtschaden wird auf ungefähr 8 Millionen Drachmen geschätzt. Zum Besten der Nothleidenden sind in Griechenland Sammlungen eröffnet worden.

Washington, 5. Febr. Der Staatssekretär des Auswärtigen Foster erhielt ein vom 18. Januar datirtes Telegramm des Ministerpräsidenten der Vereinigten Staaten in Hawaii, Stevens, wonach die diplomatischen Vertreter der auswärtigen Mächte die neue Regierung auf Hawaii anerkannt haben.

Rom, 6. Febr. Michel Lazzaroni, ein Neffe des bereits verhafteten Kassirers der Banca Romana, Cesar Lazzaroni, wurde gestern wegen Theilnahme an dem Vergehen der Unterschlagung und Fälschung in der Affaire der Banca Romana verhaftet.

Madrid, 6. Febr. Der Zustand der Herzogin von Montpensier ist bedenklich.

London, 6. Febr. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Assiut unterm 5. Februar, der Khedive ist gestern eingetroffen und reiste heute nach Sohag Sirzeh ab. Ueberall wurde er freudig begrüßt. Der Khedive begiebt sich morgen nach Aboutig, um die neue Bahnlinie zu eröffnen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp
Stunde	Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe			in Cels. Grad
4. Nachm. 2	774,8	W. leiser B.	heiter	-11,0
4. Abends 9	775,1	W. leiser B.	better	-15,0
5. Morgs. 7	772,8	Windstille	trübe	-16,9
5. Nachm. 2	769,7	SW schwach	zieml. heiter	-6,6
5. Abends 9	766,0	W. frisch	bedeckt	-5,5
6. Morgs. 7	763,8	W. mäßig	bedeckt	-5,1
Am 4. Januar	Wärme-Maximum	-	8,7° Cels.	
Am 4. „	Wärme-Minimum	-	15,0° „	
Am 5. „	Wärme-Maximum	-	5,0° „	
Am 5. „	Wärme-Minimum	-	17,6° „	

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 4. Febr. (Schlußkurse.) Lustlos. Neue Proz. Reichsanleihe 87,25, 3 1/2 Proz. V.-Pfundbr. 98,40, Konfol. Türken 21,65, Tür. Loose 92,50, 4 Proz. ung. Goldrente 96,50, Bresl. Diskontobank 96,00, Breslauer Wechselbank 96,00, Kreditaktien 174,40, Schles. Bankverein 114,50, Donnersmarchhütte 85,25, Fichtelr. Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 113,00, Oberschles. Eisenbahn 84,75, Oberschles. Portland-Zement 72,00, Schles. Cement 119,75, Doppeln. Zement 90,70, Schl. D. Zement —, Kramsta 133,80, Schles. Zinkaktien 174,00, Laurahütte 94,50, Beretn. Delfabr. 90,00, Oesterreich. Banknoten 168,80, Russ. Banknoten 209,85, Oest. Cement 76,00, 4 Proz. Ungarische Kronenrente 93,25.

Frankfurt a. M., 4. Febr. (Schlußkurse.) Fest. Lond. Wechsel 20,40, 4 Proz. Reichsanleihe 107,75, österr. Silberrente 82,80, 4 1/2 Proz. Papierrente 83,10, do. 4 Proz. Goldrente 98,70, 1860er Loose 127,90, 4 Proz. ung. Goldrente 96,50, Italiener 92,00, 1880er Russen 97,10, 3 Orientanl. 67,00, unfr. Eägypter 99,85, lomb. Türken 21,62 1/2, 4 Proz. türk. Anl. 87, 3 Proz. port. Anl. 20,80, 5 Proz. serb. Rente 78,60, 5 Proz. amort. Rumänier 98,50, 5 Proz. uniol. Mexik. —, Böhm. Westbahn 306, Böhm. Nordb. 160,00, Franzosen —, Galzter 185 1/2, Gotthardbahn 151,80, Bombarden 80, Südb.-Böden 139,00, Nordwestbahn 180 1/2, Kreditaktien 270 1/2, Darmstädter 131,80, Mitteld. Kredit 97,00, Reichsb. 149,40, Disk. Kommandit 182,40, Dresdener Bank 139,50, Pariser Wechsel 81,20, Wiener Wechsel 168,60, serbische Tabakrente 78,70, Bochum. Gußstahl 120,50, Dortmund. Union 58,00, Harpener Bergwerk 130,30, Sibirien 110,00, 4 Proz. Spanier 61,90, Matzger 110,00, Berliner Handelsgesellschaft 138,40, Kronenrente 93,20.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 271, Disk.-Kommandit 182,50, Portugiesen —.

Produkten-Kurse.

Köln, 4. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,50, do. fremder loco 17,75, per März 16,40, per Mai 16,80. Roggen hiesiger loco 14,75, fremder loco 16,75, per März 14,40, per Mai 14,35. Hafer hiesiger loco 14,75, fremder —. Rübsl loco 54,00, per Mai 53,50, per Okt. 53,70. Wetter: Schön.

Bremen, 4. Febr. (Börsen- u. Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Raff. 100frei. Rubig. Loco 5,40 Br.

Baumwolle. Rubig. Upland middl. loco 49 1/2, Bf., Upland Bafis middl., nichts unter low middl., auf Terminallieferung per Febr. 49 Bf., p. März 49 1/2, Bf., p. April 49 1/2, Bf., p. Mai 49 1/2, Bf., p. Juni 50 Bf., p. Juli 50 1/2, Bf.

Schmalz. Höher. Schafer — Bf., Wilcox 57 1/2, Bf., Choice Groceries 57 1/2, Bf., Armour 57 1/2, Bf., Robe u. Brother (pure) — Bf., Fairbanks — Bf., Cudahy 57 1/2.

Speck. Fest. Short clair middl. 49, Jan.-Febr.-Abladung Short clear middl. 49, lang clear middl. 48.

Bremen, 4. Febr. (Kurse des Effekten-) und Makler-Bereins 5proz. Nordb. Wollammereien und Kammergarn-Spinnerei-Aktien 150 1/2, Gd., 5proz. Nordb. Nord-Aktien 100 Gd.

